bringen auf das wirtschaftliche Niveau der Mitte des 19. Jahrhunderts und auf das kulturelle Niveau des 18. Jahrhunderts.

Diese Absicht besteht gewiß nicht. So verrückt ist heute selbst kein Deutschvölkischer. Aber wie will man einem Staat von 60 Millionen Einwohnern im Wettbewerb der Völker Geltung verschaffen, wenn man seine Einnahmen und damit seinen Aufgabenkreis so einschränkt, daß er dem eines Kleinstaates gleichgestellt wird. Wie will man die deutsche Wirtschaft im Wettbewerb gegen die Wirtschaft der modernen Industrieländer aufrechterhalten, wenn man sie einzustellen versucht auf ein seit 150 Jahren überholtes System, das der Manufakturperiode, wo die intensive Ausplünderung der menschlichen Arbeitskraft die noch fehlende technische Ausnutzung der mechanischen Arbeitskraft ersetzte? Wie will man vor allen Dingen Staat und Wirtschaft lebenskräftig erhalten, wenn man ihnen ihr Fundament, die geistige und wirtschaftliche Aufnahmefähigkeit der Massen, untergräbt?

Der Weg, den die Regierung unter der Anleitung ebenso kurz- wie gewinnsüchtiger Unternehmerkreise zu gehen sucht, den Staat und die Wirtschaft auf Kosten der Arbeit zu sanieren, ist ein Abweg. Das Experiment, das jetzt versucht wird, muß scheitern. An der Arbeiterschaft ist es, vorzubauen und durch Stärkung ihrer politischen und wirtschaftlichen Organisationen den Wiederaufstieg des Staates und der Wirtschaft sicherzustellen.

Wehrkreiskommando und Kommissare

Das Wehrkreiskommando hat bekanntlich die Regierungskommissare ihres Amtes enthoben. In dem Schreiben an die sächsische Regierung, worin die Maßregel mitgeteilt wurde, hieß es, daß sie mit Rücksicht auf die polizeiliche Tätigkeit der Kommissare erfolge — sie würden zu anderweiter Verwendung der Regierung zur Verfügung gestellt. Die Regierung wollte nun die Vermittlung der Beamten in wirtschaftlichen Streitigkeiten aufrechterhalten. Aber dagegen erhob die Staatspolizeiverwaltung Einspruch beim Wehrkreiskommando, weil sich Politik und Wirtschaft nicht trennen ließen, und da die politische Tätigkeit der Kommissare nicht erwünscht sei, müsse auch die wirtschaftliche Vermittlungstätigkeit unterbleiben. Im Gegensatz zur Staatspolizeiverwaltung legte der Kreishauptmann Dr. Morgenstern in Zwickau dar, wie notwendig diese vermittelnde Tätigkeit der Kommissare ist, und der Kreishauptmann Lange in Leipzig ersuchte das Wehrkreiskommando, den Regierungskommissar Regierungsrat Seibt mit der Vermittlung bei größeren Lohnbewegungen zu betrauen. Damit war das Wehrkreiskommando auch einverstanden. Der Kreishauptmann in Bautzen, v. Nostitz-Wallwitz, hat nun an das Ministerium des Innern folgende Eingabe gerichtet:

„Der unterzeichnete Kreishauptmann hat es mit Freuden begrüßt, daß ihm der Regierungskommissar Zimmermann zur Erledigung wirtschaftlicher Fragen wieder zur Verfügung gestellt worden ist. Wenn jetzt verlautet, daß die Beschäftigung der Regierungskommissare auch auf wirtschaftlichem Gebiete von den militärischen Behörden erneut beanstandet wird, so möchte ich meinerseits mich auf das nachdrücklichste dafür verwenden, daß Mittel und Wege gefunden werden, um die Kommissare ihr doch zu erhalten. Regierungskommissar Zimmermann zum mindesten hat sich in den vier Jahren, in dem er bei mir gearbeitet hat, auf dem Gebiete der Beilegung wirtschaftlicher Streitigkeiten ganz hervorragend bewährt. Wie die Verhältnisse liegen, können solche Streitigkeiten gegenwärtig durch die juristischen und technischen Beamten der Behörden nur in unvollkommener Weise ausgeglichen werden. Regierungskommissar Zimmermann dagegen hat es verstanden, indem er sich stets vollständig unparteiisch gehalten und nur die gesetzlichen Vorschriften zur Durchführung gebracht hat, selbst auf sehr radikale Kreise großen Einfluß zu gewinnen und sie von Unbesonnenheiten und Ungesetzlichkeiten zurückzuhalten, anderseits aber sich weitgehendes Vertrauen auch in Arbeitgeberkreisen zu erwerben. Gerade letztere haben, wie wiederholt zum Ausdruck gekommen ist, es auf das lebhafteste bedauert, daß Regierungskommissar Zimmermann seiner vermittelnden Tätigkeit entrissen worden ist. Seine Ausschaltung bedeutet für die Kreishauptmannschaft und für den wirtschaftlichen Frieden in ihrem Regierungsbezirke einen sehr schwerwiegenden Verlust, und ich muß deshalb, wie ich es schon wiederholt getan habe, aus voller Ueberzeugung erklären, daß ich es für einen schweren Fehler halten würde, Regierungskommissar Zimmermann an der Fortsetzung seiner kaum zu entbehrenden Tätigkeit zu verhindern. Dazu kommt, daß Zimmermann auch mit den gemäßigt gesinnten wendischen Kreisen Fühlung hat, und daß diese in ihrem Vertrauen zur sächsischen wie zur Reichsregierung erschüttert werden würden, wenn seine Tätigkeit auf diesem Gebiete unterbunden würde. Es ist bereits in einer Eingabe der staats- und verfassungstreuen Wenden (Lausitzer Volkspartei) an das politische Bureau des Herrn Reichspräsidenten vom 2. Dezember dieses Jahres in scharfer Weise zum Ausdruck gekommen."

Der Amtshauptmann in Bautzen, Dr. Jungmann, schrieb dem Ministerium des Innern unter dem 11. Dezember:

„Das Wehrkreiskommando hat die Regierungskommissare kürzlich ihrer Stellung enthoben. Die Amtshauptmannschaft kann nicht unterlassen, ihre Bedenken dazu vorzutragen. Die Einrichtung der Regierungskommissare als Vermittlungsorgane in Zeiten wirtschaftlicher Auseinandersetzungen und Unruhen, wie sie bei der außen- und innerpolitischen Lage Deutschlands bisher unvermeidlich waren und weiter unvermeidlich sein werden, hat sich im Bezirk Bautzen ausgezeichnet bewährt."

Die Schreiben zeigen, wie wichtig die Vermittlungstätigkeit der Regierungskommissare auf wirtschaftlichem Gebiet ist und wie störend der Eingriff des Wehrkreiskommandos in diese Arbeit wirken muß. Trotzdem hat das Wehrkreiskommando die Sperrung der Gehälter der Kommissare angeordnet. Selbstverständlich weiß das Wehrkreiskommando, dem doch juristische Berater zur Seite stehen, daß dieses Verbot, das Gehalt aus dem Kapitel 47 B zu zahlen, nur eine leere Geste sein kann. Es weiß, daß der sächsischen Regierung andre Mittel zur Zahlung an die Beamten als die aus diesem Kapitel nicht zur Verfügung stehen. Es weiß, daß demnach den Kommissaren das Gehalt, wie allen übrigen Beamten, nur im Wege eines Disziplinarverfahrens entzogen werden kann, daß sie darauf einen gesetzlichen Anspruch haben, den ihnen selbst ihre Anstellungsbehörde, die sächsische Regierung nicht streitig machen kann. Selbstverständlich werden die Kommissare ihre Ansprüche im Wege der Klage verfolgen und selbstverständlich werden sie dabei obsiegen.

Das hat das Wehrkreiskommando inzwischen auch wohl eingesehen. Denn nachdem nun am 13. Dezember die Regierungskommissare die Klage auf Zahlung eingereicht haben, hat das Wehrkreiskommando freilich seine unhaltbare Anordnung nicht aufgehoben, aber die Staatspolizeiverwaltung hat sofort Auszahlung des „gesperrten" Gehalts an die Kommissare verfügt.

„Der Marsch auf Berlin" — und Frankreich

München, 15. Dezember. (Eig. Drahtb.) Eine sensationelle Enthüllung machte dieser Tage der Generalsekretär der deutschnationalen Mittelpartei in Bayern, Dr. Bärwolf, als er in einer Versammlung des Bundes „Bayern und Reich" in Kaufbeuren ein Referat über die Münchner Vorgänge am 8. und 9. November hielt. Nachdem er sehr vorsichtig um den Brei der Schuld herumgegangen war, sagte er u. a.: „Der Vormarsch nach Berlin wäre nicht an Truppen der Reichswehr oder gar der Kommunisten gescheitert, sondern an feldmarschmäßigen Truppen in blaugrauer Uniform und flachem Stahlhelm (französische Truppen. D. Red.). Nur dem persönlichen Eintreten des Herrn v. Kahr gegenüber der französischen Botschaft ist es zu verdanken, daß diese Frankreich so erwünschte Waffe ihm aus der Hand gewunden wurde und die Vormarschbefehle an der Mainlinie nicht in Geltung traten."

Der bayerische Generalstaatskommissar wird gut daran tun, zu diesem angeblich französischen Verkehr in der Nacht zum 9. November recht bald das Wort zu ergreifen.

Versöhnungsaufbau

Aufruf der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Deutscher Zweig

Wißt ihr um die Not und das Leid Nordfrankreichs?

Seht ihr seine zerstörten Gebiete, seine Ruinen, die Höhlen und Wellblechbehausungen seiner Bewohner?

Kennt ihr die Gruppen die Wälder verstümmelter Baumskelette, die anklagend ihre Aeste zum Himmel aufrecken, wie Arme, denen man die Hände abschlug?

Kennt ihr die Totenäcker von Loretto? 18 600 französische Gräber — Kreuz an Kreuz, 7000 englische — Kreuz an Kreuz, 5000 deutsche — Kreuz an Kreuz und für 20 000 weitere deutsche bereitet man die Erde. Mit bewundernswertem Mut, zäher Ausdauer und der tiefen Liebe, die an die Heimatscholle bindet, haben die Bauern nach unendlicher Mühe begonnen, ihre verwüsteten Aecker zu bestellen, ihre von der Oberfläche verschwundenen Dörfer langsam, Stein um Stein, wieder aufzubauen. Viele Ortschaften sind neu erstanden — viele Häuser aber stehen im Rohbau da — es fehlen die Mittel, sie zu beenden. Bitterkeit herrscht und begreifliche Zurückhaltung und doch Bereitschaft zur Versöhnung mit deutschen Brüdern und Schwestern, die heute ihrerseits von denselben Interessengruppen ins Elend gestürzt werden.

Deutsche Frauen, deutsche Jugend, deutsches Volk!

Hier harrt unsrer eine Aufgabe, eine Mission. Was kümmern uns die Händel der deutschen und französischen Regierungen, was die Geldgier und Spekulationen der deutschen und französischen Industriellen, was die Gründe, die den Aufbau in Nordfrankreich nicht schneller erfolgen ließen!

Wir wollen helfen:

daß der Keim des Hasses nicht in das neu aufgelockerte Erdreich nordfranzösischen Bodens gesenkt,

daß die Atmosphäre entgiftet,

daß das Gefühl menschlichen Verbundenseins wieder erweckt werde.

Wir wollen und müssen — trotz eigener Not — die Mittel zusammentragen, daß in einer Gemeinde des zerstörten Gebietes ein Gemeindehaus erstehe mit Bibliothek und Versammlungsraum,

als Wahrzeichen einer Gesinnung, der der Friede zwischen den Völkern höher steht, denn Gewinn und Prestige, Besitz und Ruhm,

als der Ausdruck der Ueberzeugung, daß die beiden Völker Werte bergen, die — verbunden und einander ergänzend — Europa vom Abgrund zurückzureißen und einer neuen Blüte entgegenzuführen vermögen.

Darum gebt so schnell und so reichlich ihr könnt!

Bringt deutsches Geld, fremde Geldsorten und Schmuckstücke zu unsern Sammelstellen, damit alles durch die Hände unsrer französischen Kameradinnen bald seiner Bestimmung zugeführt werden kann.

Gebt schnell und mit vollen Händen zum

Versöhnungsaufbau!

Sammelstellen in Dresden: Buchhandlung Beyer, Waisenhausstraße 25, Buchhandlung Kaden u. Komp., Wettinerplatz 10, Elli Müller-Rau, Postscheckkonto Dresden Nr. 27 107.

Kampfprogramm der polnischen Sozialisten

Warschau, 1. Dezember. Zentral- und Exekutiv-Komitee der parlamentarischen Gruppe der Polnischen Sozialistischen Partei haben eine gemeinsame Resolution angenommen, in der die Verschärfung des Kampfes gegen die jetzige Regierung bis zu ihrem Sturz und ihre Ersetzung durch ein auf die Arbeitermassen gestütztes Kabinett gefordert wird. Das innerpolitische Programm der P. P. S. umfaßt die Verteidigung der Demokratie, des Parlamentarismus und der Arbeiterrechte sowie die Durchführung von Gesetzen über die Teuerungsindex, die Versicherung der Arbeitslosen und den Schutz des Unterrichtswesens gegen terroristische Eingriffe.

Die Schuhpreise

Vom Verein der Schuhwarenhändler Dresden und Umgegend wird uns zu der unter der Spitzmarke „Die Schuhwucherer" gebrachten Notiz in Nr. 290 der Volkszeitung geschrieben: Es ist nicht richtig, wenn Sie schreiben, daß die Schuhkleinhändler ihre Preise um 150 bis 200 Prozent gegenüber den Friedenspreisen errechnen. Richtig ist dagegen, daß die Schuhpreise zur Zeit 40 bis 60 Prozent höher gegenüber den Friedenspreisen sind.

Es ist genügend bekannt, daß dieser Unterschied in allen Ländern der Welt besteht und möchten wir nur noch darauf hinweisen, daß die Händler gern bereit wären, noch billiger zu verkaufen, wenn ihnen die Möglichkeit durch billigeren Einkauf hierzu gegeben würde.

Untenstehende Aufstellung der früheren und jetzigen Preise im Schuhkleinhandel beweist die Richtigkeit der hier gemachten Angaben.

Durchschnitts-Kleinhandelspreise für Schuhwaren

		im J. 1914	Dez. 1923
Herren-Boxkalf-Schnürstiefel, durchgenäht		9.—	13.50
Herren-Boxkalf-Schnürstiefel, Rahmenarbeit		16.50	24.—
Herren-Fahlleder-Schnürstiefel, genagelt		7.50	10.50
Damen-R.-Chevreau-Schnürstiefel, durchgenäht		8.50	12.50
Damen-Boxkalf-Schnürstiefel, durchgenäht		10.50	14.50
Damen-R.-Chevreau-Halbschuhe, durchgenäht		7.50	10.50
Damen-Boxkalf-Halbschuhe, durchgenäht		10.50	14.50
Kinder-Fahllederstiefel	Gr. 27—30	4.50 bis 5.—	6.75 bis 7.25
	Gr. 31—35	5.50 bis 6.—	7.75 bis 8.25
Kinder-Boxrindstiefel	Gr. 27—30	5.50 bis 6.50	8.— bis 9.—
	Gr. 31—35	6.90 bis 7.50	10.50 bis 11.50

Warum Opposition?

Von Jakob Altmaier

Es war kein Bild für Götter, das der Reichstag in den letzten Wochen geboten hat; noch weniger der Anblick der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Ein Teil im Sitzungssaal für das Ermächtigungsgesetz stimmend, der andre vor der Tür stehend. Stimmenfreigabe, Stimmzwang, Stimmenfreigabe. Order, Konterorder, Desorder! Ein Blick in die Organisationen, in die Parteipresse, in den Parteivorstand, in die offiziöse Parteikorrespondenz: überall das gleiche Durcheinander, das gleiche Bild der Zersetzung und der inneren Unentschlossenheit. Wer will erwarten, daß dadurch die Werbekraft der Partei gestärkt würde?

Der Vorwärts sucht dafür in seiner Sonntagsausgabe jene Kritiker verantwortlich zu machen, die mit einer unsachlichen Kritik die „gewählten Parteikörperschaften" herunterreißen. Wir möchten nicht jedes Wort unterschreiben, das in den letzten Monaten von beiden Seiten geprägt worden ist. Eine gewisse Reserve, wenn sie geübt werden soll, kann beiden Teilen nichts schaden. Es hieße jedoch, das Pferd am Schwanz aufzäumen, wollte man die heutige mangelnde Werbekraft der Partei dieser unsachlichen Kritik zuschanzen. Wo Kritik möglich ist, muß sie einen Nährboden haben, und daß er vorhanden ist, gesteht selbst unser Zentralorgan: „Die arbeitenden Massen wollen vor allem eins: sie wollen heraus aus ihrer elenden Lage, und langausgesponnene Debatten darüber, ob die Sozialdemokratie lieber auf den Artikel 48 und die Auflösung des Reichstages lossteuern sollte, statt das Ermächtigungsgesetz anzunehmen, lassen sie vollständig kalt. Die Parteierfahrung zeigt, daß taktische Streitfragen, an denen sich im Augenblick die Gemüter erhitzen, in kurzer Zeit jede Bedeutung verloren haben. Solche Meinungskämpfe müssen ertragen werden und sind zu ertragen, wenn sie sachlich geführt werden, aber sie bilden nicht den Lebensinhalt der Partei." Sehr richtig! An einer taktischen Frage ist noch nie eine Partei gescheitert, wenn es sich ein einziges Mal um Taktik und nur um Taktik gehandelt hat. Richtig, daß heute eine solche Frage die arbeitenden Massen wenig berühren würde, die Brot und keine Debatten wollen. Leider verkennt der Vorwärts die Lage vollständig. Mindestens seit dem Ruhrkrieg ist die Taktik zum Lebensinhalt der Mehrheit der gewählten Parteikörperschaften geworden; statt aus ihrer elenden Lage heraus, geraten die arbeitenden Massen immer tiefer in Not und Elend und mit 173 Abgeordneten, nahezu 40 Prozent aller Reichstagssitze, hat sich unsre Fraktion in eine solche Lage getaktikt und hineinmanövrieren lassen, daß unsre Partei bei den wichtigsten Regierungsvorlagen nicht einmal gefragt wird, und daß sie sogar, „um Schlimmeres zu verhüten", der Regierung und ihren Gesetzen zu einer Mehrheit verhelfen muß, Regierung und Gesetzen, die die noch blutenden Massen aufs neue mit Skorpionen züchtigen werden. Zugegeben, es handle sich nur um eine einzige taktische Spielerei. Man wird dem Taktiker im Vertrauen auf seine Erprobtheit sehr lange Kredit geben, in der Hoffnung, daß er zuletzt alles zurückgewinnen kann. So hielt es auch das deutsche Volk während des Krieges. Wenn aber niemals auch nur der Einsatz erobert wird, wenn Niederlage auf Niederlage erfolgt, Verlust auf Verlust, Rückzug auf Rückzug und durch die Taktik der Lebensinhalt der Partei, Land und Volk vom Gegenspieler in ihrer Existenz bedroht werden: dann müßte die Sozialdemokratische Partei ein trauriges Gebilde sein, wenn sie nicht untersuchen wollte, ob es sich noch um Taktik oder Grundsätze, um die Haut oder um die Wurst handelt?

Taktik in Ehren, wenn sich der Gegenspieler in der Taktik übt. Wo war unsre Taktik? Hätten wir nicht versuchen müssen, die Regierungsparteien und die Deutschnationalen vor eine taktische Frage zu stellen? Ein Beispiel: Ermächtigungsgesetz, jawohl! Grundbedingung der Sozialdemokratischen Partei: Beschlagnahme der gesamten Getreidevorräte zur Sicherstellung der Ernährung. Welche Partei hätte es heute gewagt, eine solche Ermächtigung abzulehnen? Sie hätten es tun, und den Reichstag auflösen sollen! Heidi, welche Wahlen für uns! Das wäre Taktik gewesen. Wir bezweifeln jedoch, daß es sich bei unserm Gegenspieler um Taktik handelt. Dem Bürgertum ist der Kampf der letzten Monate wahrlich kein taktisches Manöver. Es legt Fundamente. In einer solchen Zeit, wie immer, können in einer Partei, die sich auf die marxistische Geschichtserkenntnis stützt, ebenfalls nur Grundsätze gelten. Wir befinden uns in keinem Vorpostengefecht, wir sind heute mehr denn je in der Schlacht, mitten im schweren Kampf der Klassen. Hermann Müller meinte einmal: „Stinnes ist kein schwarzer Mann". Persönlich vielleicht nicht. Es gilt auch nicht der Person, nicht den schönen Augen von Stresemann, nicht dem wahrlich reinen und vornehmen Charakter des Reichskanzlers Marx. Sie stehen alle um der Sache willen, um der Interessen der Bourgeoisie. Wir aber sollen um der Sache der Arbeiterklasse, um des Proletariats willen stehen und kämpfen.

In der Fraktion ringen heute drei Richtungen. Der rechte Flügel will Koalitionspolitik um jeden Preis, um auf diese Weise Land und Volk zu retten; ein Zentrum, dem die Taktik über alles geht, das bald so und bald so am besten dem Reich und der Arbeiterschaft dienen zu können glaubt; ein linker Flügel, der die Geschichte und die Ereignisse auch jetzt nur als eine Geschichte von Klassenkämpfen sieht und danach handeln möchte. Das ist unsre Opposition, deshalb zählen wir zu ihr.

Man hört und liest in der Partei mehr als einmal, Schuld an der Parteizerklüftung trage die Vereinigung der S. P. D. mit der U. S. P., dadurch wären zu viel zersetzende Elemente in der V. S. P. D. Leider sind viel zu viele frühere U.-S.-P.-Leute so weit nach rechts gerückt, daß man sie kaum noch mit dem Fernrohr erkennen kann, und mehr als ein Paul hat sich zum Saul zurückrevidiert. Rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht. Schreiber dieser Zeilen ist nie bei der U. S. P. gewesen. Wir waren in den beiden ersten Revolutionsjahren für Koalitionspolitik, weil wir angesichts der außenpolitischen Lage Deutschlands glaubten, die Einheit des Reiches im Verein mit den vernünftigen Teilen des Bürgertums retten zu können, wobei wir in diesen außenpolitischen Fragen die gleiche Ansicht und die Unterstützung der U. S. P. besaßen. Wir sind zur Erkenntnis gekommen, daß mit dem Bürgertum niemals die Einheit und der Bestand des Reiches gewahrt werden kann. Einem wichtigen Teile dieses Bürgertums ging und geht Profit und Klasseninteresse über alles, sogar über Deutschland.

Sollen wir bürgerlicher sein, als das Bürgertum? Wir können es nicht, wenn wir eine Sozialistische Partei bleiben, wenn wir unsre Werbekraft auf die Massen des Volkes, der Notleidenden, behalten wollen. Es hilft nichts, Kritik zu verbieten, es hilft kein Schimpfen und Spotten über Kommunisten oder Nationalsozialisten. Selbst die Beweggründe dieser verbotenen Partei sind am Ende nur sozialer Natur, und werfen wir nicht die „Realpolitik" und die vielgerühmte „Taktik" über Bord, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn wir noch Situationen und Krisen innerhalb der Partei erleben, die die bisherigen in den Schatten stellen, wenn wir uns immer mehr in Gegensatz zu den Interessen der arbeitenden Massen stellen und die Partei nur noch der Kugelfang ist und der Prügelknabe, der am unrechten Ort, zwischen den kämpfenden Klassen steht. Und weil man auf die Dauer nur auf einer Seite stehen kann, und weil wir wünschen, daß unsre Partei eine sozialistische bleibe, groß, stark, geachtet, die Massen des Proletariats um sich sammelnd, deshalb sind wir in der „Opposition". Nicht um Personen gilt es, es geht um die Sache; nicht um Mitgliedsbücher, sondern um die Klasse, um das deutsche Proletariat, das 70 Prozent der Bevölkerung umfaßt und dessen Schicksal das Schicksal Deutschlands ist.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19231217/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG